

Sitzung des Zentralverbands-Vorstandes und der Alpina-Kommission am 7., 8. und 9. Februar 1925 in Eisenach

Vorbericht

(Auszüge)

„Um die gegenwärtig brennendsten Fragen Alpina und Markenuhr zu klären, und um einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der „Präzision“ zu erhalten, fand am 7., 8. und 9. Februar in Eisenach eine Vorstandssitzung des Zentralverbandes der deutschen Uhrmacher statt, zu der auch die in Dresden gewählte Alpina-Kommission sowie einige sonst an den Fragen besonders interessierte Kollegen geladen waren. Nach einer Vorbesprechung des Vorstandes am Abend des 7. Februar wurde die Sitzung am 8. Februar morgens 9 Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Hch. Kochendörffer (Cassel), eröffnet. Anwesend waren außer dem Vorsitzenden die Herren W. Quentin (Halle), A. Bätge (Berlin), P. Magdeburg (Leipzig), Fr. Schwank (Köln) vom Vorstand, der Verbandsdirektor W. König (Halle a. S.); von der in Dresden gewählten Alpina-Kommission die Herren W. Bistrick (Königsberg), O. Trawny (Dortmund), O. Firl (Erfurt), P. Mathäus (Duisburg), P. Rost (Nordhausen), ferner die Herren Richard Rothmann, Direktor der Alpina-Genossenschaft (Berlin), Liethen (Köln), Rehn (Landau-Pf.), Abeler (Münster), G. Roeder (Bonn), C. Jos. Linnartz (Köln), Fritz Lang (Frankfurt a. M.), v. Korff (Gelsenkirchen), Freytag (Erfurt), Rechtsanwalt Amend (Erfurt), Dr. Zeck (Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen Verbandes (Köln), von der Fachpresse die Herren Helmer (Berlin), Naumann (Leipzig), Kohl (Köln), Scholze (Halle a. S.), als Protokollführer Dr. Reichardt (Halle a. S.), außerdem zu dem betr. Teil die Herren Granzow, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Präzisions-Uhrenfabrik (Dresden), Volkert (Nürnberg), Direktor H. Müller (Glashütte).

.....

Nach Abschluß der Verhandlungen nahm die Versammlung noch einen etwa zweistündigen Bericht des Herrn E. Granzow, des Vorsitzenden des neuen Aufsichtsrates der Präzision, über den gegenwärtigen Stand dieses Unternehmens und über einen neuen Sanierungsplan entgegen, Der vorgerückten Stunde wegen wurde dann die Sitzung auf den 9. Februar vertagt. Bericht darüber folgt in der nächsten Nummer.“

Vom Genossenschaftsunternehmen der deutschen Uhrmacher

der Deutschen Präzisions-Uhrenfabrik Glashütte, Uhrgläserwerke Deutscher
Uhrmacher

„Ohne den im vorstehenden Vorbericht angekündigten Bekanntmachungen der Zentralverbands - Geschäftsstelle vorgreifen zu wollen, sei nachstehend einiges über die ebenso wie die Alpina-Angelegenheit im Vordergrund des Interesses stehende Frage hinsichtlich der Deutschen Präzisionsuhrenfabrik berichtet.

In der Vorstandssitzung vom 7. bis 9. Februar in Eisenach, in der als Vertreter der „Präzision“ Herr Direktor Hugo Müller vom Vorstand und die Herren Granzow und Volkert vom Aufsichtsrat anwesend waren, sprach der Vorsitzende des Zentralverbandes, Herr Kollege Kochendörffer, seine Entrüstung darüber aus, daß dem offiziellen Vertreter des Zentralverbandes, Herrn Kollegen Bätge, zu der Generalversammlung der „Präzision“ in Dresden am 12. Januar lediglich die Anwesenheit in der Generalversammlung gestattet worden sei mit der ausdrücklichen Verpflichtung, nicht das Wort zu ergreifen.

Gegen den Zentralverband bedeute das eine unerhörte Ausschließung, die energisch zurückgewiesen werden müsse, vor allen Dingen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die „Präzision“ sich mit der Bitte um Vergleichsverhandlungen selbst an den Zentralverband gewandt habe. Herr Kochendörffer verlas weiter ein von ihm an den Direktor des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Herrn Korthaus, gerichtetes Schreiben, in dem er die Angriffe des Herrn Korthaus gegen den Zentralverband energisch zurückwies. Da von Seiten des Zentralverbandes Wert auf eine offizielle Zurücknahme der Vorwürfe gegen den Zentralverband gelegt werden müsse, kam Herr Granzow dem Verlangen nach und wiederholte seine bereits in einer vorhergehenden Besprechung erfolgte Äußerung, daß die Ablehnung der Erhöhung der Anteilsumme auf 1000 M dem Unternehmen zum Vorteil gereicht habe, wodurch am besten die Berechtigung der Stellungnahme des Zentralverbandes festgestellt sei und die Vorwürfe des Herrn Korthaus, der Zentralverband habe der „Präzision“ noch den letzten Rest von Kreditwürdigkeit genommen usw., hinfällig wäre.

Aus einer längeren Aussprache ergab sich, daß der Vorsitzende des neuen Aufsichtsrates, Herr Granzow, auf jeden Fall den Zentralverband weiterhin zu einer Mitarbeit heranzuziehen wünsche unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß man sich die Ratschläge des Zentralverbandes gern dienen lassen würde, ohne diesem aber damit in irgendwelcher Hinsicht eine Verantwortung über das weitere Geschick der „Präzision“ zuzumuten. Den Äußerungen des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Granzow, schlossen sich die Herren Volkert, ebenfalls Mitglied des neuen Aufsichtsrates, und Herr Direktor Müller vom Vorstand der „Präzision“ an. Herr Kochendörffer stellte fest, daß damit dem Zentralverband die gewünschte Genugtuung gegeben sei. Außerdem wird auch Herr Granzow in der nächsten Generalversammlung auf die Vorkommnisse zurückkommen und sein Bedauern über die in Dresden erfolgten Angriffe gegen den Zentralverband aussprechen. Zur Klarstellung sei bemerkt, daß Herr Granzow selbst sich an den Angriffen gegen den Zentralverband in Dresden nicht beteiligt hat, sondern die Äußerungen der Rechtfertigung lediglich als Vertreter des Unternehmens an sich tut. —

Herr Granzow legte den in der Sitzung anwesenden Herren einen von ihm aufgestellten Sanierungsplan vor, über den jedoch auf ausdrückliches Verlangen der Verwaltung noch nichts veröffentlicht werden soll. Die Bekanntgabe wird voraussichtlich in unserer nächsten Nummer erfolgen können. Zu dem Sanierungsplan wurde aus der Versammlung heraus verschiedentlich das Wort ergriffen und Aufklärung in verschiedenen Einzelheiten gewünscht. U. a. machte auch Herr Direktor König Vorschläge, die noch mit bei der Ausführung des Planes berücksichtigt werden können. Einstimmig war die Meinung vorhanden, daß es schwer halten würde, das verlorengegangene Vertrauen zu dem Unternehmen wiederzugewinnen. Andererseits wurde von der Verbandsleitung aber auch die Hoffnung ausgesprochen, daß die Durchführung der Vorschläge tatsächlich eine Gesundung des Unternehmens bedeute und zum Segen der beteiligten Kreise der Uhrmacherschaft gereiche.

Da die Sanierungspläne der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegt werden können, erscheint es angebracht, auf jedes Eingehen auf Einzelheiten zu verzichten, vor allen Dingen ist auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine sachgemäße Kritik nur bei gründlichster Einsicht in die gesamte Materie möglich ist. Gerade deshalb wird die Verantwortung der Verwaltung um so schwerer, und es kann nicht dringend genug das Verlangen gestellt werden, daß dieser schweren Verantwortung nicht mit übertriebenem Optimismus nachgekommen werde, sondern mit ernstester Berück-

sichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Einer der am meisten angegriffenen Punkte ist die Überschätzung der Umsatzmöglichkeiten durch die frühere Verwaltung des Unternehmens (die Zahlen, aus denen sich die unrichtige Kalkulation ergibt, sind in der Generalversammlung am 12. Januar bekanntgegeben worden und in dem Bericht über diese Versammlung in Nr. 3 der Uhrmacher-Woche Seite 33 veröffentlicht). Jeder, der es mit der Erhaltung des Unternehmens für den deutschen Uhrmacherstand bzw. mit dem Schutz der Genossen vor Verlusten ernst meint, muß sich jeglicher „Stimmungsmache“ enthalten, und zwar sowohl nach der optimistischen wie der pessimistischen Seite hin. Ausschlaggebend müssen — das wird an dieser Stelle immer wieder aufs neue festgestellt werden — die wirtschaftlichen Voraussetzungen bleiben. Wenn die Anfänge in der Verwirklichung des Sanierungsplanes zu positiven, wenn auch zunächst kleinen Erfolgen führen, dann kann »eine weitere Durchführung befürwortet werden. Zeigt es sich aber, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu groß sind, und daß nur verschwindend geringe Teilerfolge gegenüber weiterer allgemeiner Verschlechterung eintreten, dann sind auch daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Zu der in Nr. 6 der Uhrmacher-Woche Seite 88 veröffentlichten Richtigstellung des Herrn Hirsch in Reichenbach, gibt der Aufsichtsrat folgendes bekannt:

„In der Aufsichtsratssitzung vom 24. Januar 1925 ist beschlossen worden, gegen Herrn Hermann Hirsch Klage auf Schadenersatz wegen seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied zu erheben. Herr Hirsch ist das maßgebende Mitglied des Finanzausschusses gewesen. Gleichzeitig wurde er aus der Genossenschaft ausgeschlossen, und damit endete das Mandat des Herrn Hirsch als Aufsichtsrat. Diese Beschlüsse sind Herrn Hirsch am 25. Januar mitgeteilt worden, und er hat am 26. Januar in Lauenstein dagegen Protest erhoben. Am 28. Januar war Herr Granzow mit anderen Mitgliedern des Aufsichtsrates und dem Vorstand bei dem Registerrichter, der ihm von dem eingelegten Protest Kenntnis gab und die Vorlegung der vollständigen Unterlagen bei Beantragung des Ausschlusses als wünschenswert bezeichnete. Am 29. Januar waren darauf die Herren Volkert, Niedermeyer und Granzow bei Herrn Justizrat Wauer in Dresden, um u.a. diese Angelegenheit zu besprechen. Er erklärte sich bereit, den Antrag einzubringen, verlangte aber vorher die Vorlegung des Statutes und der Geschäftsordnung für Aufsichtsrat und Vorstand. Diese Unterlagen wurden

sofort beim Vorstand in Glashütte eingefordert. Die Angelegenheit Hirsch wird in angemessener Form erledigt werden."

Zu den weiteren Punkten in der Einsendung des Herrn Hirsch, die von anderen Fachzeitingen veröffentlicht wurden, hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Granzow, folgendes bekanntgegeben:

„In der Aufsichtsratssitzung vom 24. Januar 1925 ist beschlossen worden, Herrn Muschan aufzufordern, seine sämtlichen Ämter freiwillig niederzulegen. Sollte das nicht geschehen, dann ist dessen Entlassung aus sämtlichen Ämtern auszusprechen. Des weiteren ist er aus der Genossenschaft auszuschließen. — Sonntag, den 25. Januar, ist durch die Herren Volkert und Krause versucht worden, Herrn Muschan zur freiwilligen Amtsniederlegung zu bewegen. Das scheiterte daran, daß er wegen angeblicher Formfehler den Beschluß des Aufsichtsrates anfocht. Hierauf wurde er in mildester Form von seinen sämtlichen Ämtern enthoben. Trotzdem er in der Aufsichtsratssitzung vom 25. Januar ausdrücklich zugestanden hatte, alle auf seinen Namen lautenden Beteiligungen usw. sofort an die „Präzision“ ordnungsmäßig zu übertragen, verschanzte er sich bei seinen Erörterungen gegen die Enthebung aus seinem Geschäftsführerposten bei den Nebenbetrieben hinter unsere Unzuständigkeit. Er erklärte, daß er sämtliche Ämter weiter verwalten würde, da hierzu Beschlüsse der Generalversammlung gehörten.

In der Nacht vom 25. zum 26. Januar wurden mittels Automobil sämtliche Akten der Zentralverwaltung in der Querstraße weggeschafft. Herr Muschan selbst war mit dem Geschäftsautomobil am nächsten Tage gemeinschaftlich mit Herrn Hirsch nach Lauenstein und Glashütte gefahren, so daß der Aufsichtsrat und Vorstand vor der ersten Frage standen, die ganze Angelegenheit infolge des Aktenraubes der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Im letzten Augenblick entschloß sich Fräulein Fasold, die Akten, die sich im Hotel Continental in Leipzig in einem Zimmer, verschiedentlich untergebracht unter Bett und Sofa versteckt, vorfanden, herauszugeben. Diese Akten wurden nun wieder in der Zentralverwaltung unter Verschuß genommen und auf Privatsachen durchgesehen.

Am Abend kam Herr Muschan wieder nach Leipzig zurück, und nun mußte der Aufsichtsrat pflichtgemäß alles daransetzen, um die Anteile der „Präzision“ an den Nebenbetrieben, die auf den Namen des Herrn Muschan lauteten, ordnungsmäßig hereinzubekommen, damit endlich auch über das gesamte Eigen turn der „Präzision“

verfügt werden konnte. Herr Muschan war nur dadurch zu dieser Abtretung zu bewegen, indem er mit uns ein Urlaubsabkommen schloß. Die Beurlaubung ist also nur eine erzwungene."

Wenn in der Veröffentlichung des Aufsichtsrates, die lediglich zur Beruhigung der Genossen eingesetzt worden ist, milde Formen gewählt worden sind, so geschah das in besonderer Rücksichtnahme auf die Herren Hirsch und Muschan."

Zu Punkt Sanierungsplan Muschan:

„Lt. Protokollbuch über die Sitzung des Aufsichtsrates vom 25. I. 25 ist der Sanierungsplan

Muschan, der sich sehr stark an den Plan Schlegel anlehnt, nicht als feste Grundlage angenommen worden.

Er lief wieder auf Ausgabe neuer Geschäftsanteile und neuer Haftung hinaus.

— Die Sanierung kann nur mit Zustimmung der Bank durchgeführt werden, falls nicht über große freie Mittel verfügt wird. Aus diesem Grunde wurden die Herren Volkert und Granzow beauftragt, verantwortlich bei der Bank für den Aufsichtsrat zu verhandeln. Beide Herren hatten also vollkommen freie Hand. Der Vorschlag des Herrn Muschan enthält, soweit er protokolliert ist, keine Hinweisung auf die Schaffung neuer Mittel, und es ist der Sanierungsvorschlag, der dann von Herrn Granzow vorgetragen worden ist, und der erst in den allerletzten Tagen eine feste Form angenommen hat, von der Bank und allen Beteiligten als der bisher aussichtsreichste bezeichnet worden.

Es war nicht die Absicht des Aufsichtsrates und Vorstandes, derartig eingehende Erörterungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Wenn jedoch durch derartige Angriffe, die in Form von „Richtigstellungen" verkleidet sind, dazu gezwungen wird, so liegt selbstverständlich keine Veranlassung vor, dies nicht zu tun.

Die Tatsache steht fest, daß ein Unternehmen, das am 1. Januar 1924 mit $\frac{1}{4}$ Million Bankschulden reichlich belastet war, es fertig gebracht hat, diese Bankschuld um $2\frac{1}{2}$ Millionen M zu einer Zeit zu erhöhen, als die höchsten Zinsen seit Menschengedenken für derartige Bankschulden gezahlt werden mußten.

Allein diese Tatsache dürfte genügen, um ein Urteil über die Geschäftsführung zu fällen.

Waren die einzelnen Betriebe im Ausbau nicht fertig, so wäre es erheblich billiger gewesen, diese Betriebe zu schließen und sie erst weiter zu bauen, sobald die nötigen Mittel hierfür vorhanden waren." gez. E. Granzow, Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Wie wir weiter erfahren, hat Herr Direktor Muschan in einem sehr umfangreichen Schreiben an die Anwaltschaft des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Herrn Direktor Korthaus) in Berlin seine Stellungnahme zu den Aufsichtsratssitzungen usw. ausführlich mitgeteilt. Als Wesentliches ist diesem Schreiben zu entnehmen, daß Herr Muschan die Rechtmäßigkeit der Aufsichtsratssitzung vom 24. Januar angreift, da zu dieser Sitzung die Aufsichtsratsmitglieder Bauer und Hirsch und er selbst als Vorstand nicht eingeladen waren. Es habe sich lediglich um eine Vorbesprechung gehandelt, die rechtskräftige Beschlüsse nicht hätte fassen können. Die Akten habe er aus dem Grunde aus den Geschäftsräumen bringen lassen, weil er befürchtete, daß sonst ein Teil der Akten vor einer evtl. gerichtlichen Auseinandersetzung von dritter Seite entfernt werden würde.

Von weiteren Ausführungen müssen wir absehen, da dieses Schreiben nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist. —

In der oben angeführten Sitzung des Zentralverbandes wurde nach kurzer Aussprache von den Herren von der „Präzision“ bekanntgegeben, daß die nächste Generalversammlung der Deutschen Präzisionsuhrenfabrik in Eisenach am 16. März stattfinden wird (im Anschluß an die nächste Hauptausschuß-Sitzung des Zentralverbandes). Die Schriftleitung“

Literatur: Die Uhrmacher-Woche Nr.7. 1925 S. 95/97

